

## Hintergrundinformationen zum Klimaschutz

November 2008

### Die EU muss mit gutem Beispiel voran gehen Klimaschutzpaket

Datum

Das aus fünf Teilen bestehende Klimaschutzpaket der EU befindet sich unter Zeitdruck. Zeitdruck, der auf der einen Seite durch wissenschaftliche Erkenntnisse und zunehmenden Folgen der Erderwärmung und auf der anderen Seite durch gesetzliche Rahmenbedingungen entsteht. Nur wenn es gelingt, noch vor den Europawahlen im Juni 2009 bzw. unter französischer Ratspräsidentschaft eine Einigung zu erzielen, kann glaubwürdig eine Vorreiterrolle der EU in den bevorstehenden internationalen Klimaverhandlungen verkauft werden. Die EU könnte mit dem Verweis auf verbindliche Rechtsetzung bei den Verhandlungen für ein Nachfolgeabkommen zu Kyoto zeigen, dass sie sich ambitionierte Ziele gesteckt hat und somit die Verantwortung für Umwelt, Mensch und Gesundheit übernehmen will.

Die fünf Teile des Klimaschutzpaketes stellen sich wie folgt zusammen:

**Richtlinie über die dritte Phase des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS):** Die irische Berichterstatterin Avril Doyle (EVP-ED) unterstützte das Reduktionsziel von 21% unter den 2005 Emissionswerten, die automatische Anpassung des Caps im Falle eines internationalen Abkommens und das Prinzip einer einheitlichen harmonisierten Obergrenze. Die 100%-ige Versteigerung im Energiesektor ab 2013 sei realisierbar.

**Entscheidung über Lastverteilung** (der Reduktionen in nicht vom ETS erfassten Sektoren): Die finnische Berichterstatterin Satu Hassi (Die Grünen/EFA) bekam bei der nahezu einstimmigen Abstimmung im Umweltausschuss einen klaren Auftrag für ein starkes und wirksames Regelwerk für die Verringerung des Treibhausgasausstoßes in der EU. Vor allem die automatische Anpassung der Reduktionsziele sowie die langfristigen Reduktionsziele sind wichtige Punkte.

**Richtlinie über die Abtrennung und geologische Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCS):** Der britische Berichterstatter Chris Davies (ALDE) erinnert mit seinem Vorschlag an das kalifornische System von Gouverneur Arnold Schwarzenegger. Nach 2015 dürfen die Emissionen der Kraftwerke 500 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde (kWh) nicht mehr überschreiten. Diese Maßnahme soll Energieunternehmen dazu animieren bzw. verpflichten v. a. in ihren Kohlekraftwerken Technologien zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung einzuführen.

**Richtlinie über erneuerbare Energien:** Der luxemburgische Berichterstatter Claude Turmes (Die Grünen/EFA) versucht eine erste Einigung zwischen ITRE und ENVI zu erreichen und in seinem Bericht u. a. das verbindliche 20% Ziel bis 2020, verbindliche Zwischenziele und einen direkten Strafmechanismus zu verankern.

**Verordnung über CO<sub>2</sub>-Emissionen von Neuwagen:** Der italienische Berichterstatter Guido Sacconi (SPE) fordert das angestrebte Ziel der Kommission von 120 g CO<sub>2</sub>/Km bis 2020 auf höchstens 95 g CO<sub>2</sub>/Km zu senken.

## **Wie die EU versucht dem Klimawandel Herr zu werden Ein weltweites Problem**

Der Klimawandel ist in allen Teilen der Gesellschaft längst nicht mehr umstritten. Jetzt geht es nur noch um die Frage: "Was tun, um seine Auswirkungen möglichst gering zu halten?" An einigen Stellen hat das von der Wissenschaft gezeichnete Szenario längst begonnen. Die Gletscherkappen schmelzen ab, und aus einst unberührten Eisflächen in der Arktis werden Schollenmeere, die bald ganz mit den Weltmeeren verschmelzen. Naturkatastrophen häufen sich, Hochwasser kommen immer öfter und heftiger daher. Und auch im Ruhrgebiet sind bereits jetzt erste Anzeichen des Klimawandels zu beobachten. Wegen der milden Winter bleiben immer mehr Zugvögel länger in unserer Region, das führt dazu, dass die Tiergesundheit anderen Strapazen ausgesetzt wird, als sie das eigentlich gewohnt ist. Wer glaubt, dass in einem hochtechnisierten Europa der Klimawandel ohne große Probleme aufgefangen werden kann, der täuscht sich. Auch in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden wir die Erderwärmung deutlich zu spüren bekommen. Auswirkungen hat das nicht nur auf die Temperaturen im Sommer und die schmelzenden Gletscher in den Alpen. Viel mehr bedroht das Szenario Klimawandel eine große Zahl von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Faktoren in Europa. Welche das unter anderem sind und was auf europäischer Ebene dagegen unternommen wird, soll im Folgenden ausschnitthaft dargestellt werden, um aufzuzeigen, in wie großem Ausmaße der Klimawandel Einfluss auf alle Bereiche menschlichen und tierischen Lebens hat. Beginnend mit einigen Beispielen der Auswirkungen des Klimawandels, die aufzeigen sollen, in wie vielfältiger Weise der Klimawandel das Leben auf der Erde verändern wird und den dazugehörigen möglichen Gegenmaßnahmen der Europäischen Union, werden gegen Ende einige Gesetzesvorschläge der Europäischen Kommission und der Versuch einer weltweiten umweltfreundlichen Politik erläutert.

## **Drohende Wasserknappheit Konflikte um das blaue Gold**

Als der Sechs-Tage-Krieg um die Golanhöhen 1967 zwischen Israel und Syrien tobte, schien eine Auseinandersetzung um die Ressource Wasser, die für diesen Krieg auf dem Sinai eine der Ursachen war, weit von Europa entfernt zu sein. Wie selbstverständlich öffnen wir einen Hahn, aus dem ohne Unterlass sauberes und vor allem trinkbares Wasser läuft. Doch diese Selbstverständlichkeit wird für eine immer größer werdende Zahl von Menschen zu einem Luxus.

Sie haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ihre Zahl wird sich den nächsten 20 Jahren verdreifachen. Das ist eine Konsequenz aus der Verschwendung der natürlichen Ressourcen der Erde und dem stetig voranschreitendem Klimawandel. Das Risiko militärischer Auseinandersetzungen um "das blaue Gold" steigt. Auch in Europa wird es zu Wasserknappheit kommen. Von den EU-Mitgliedsstaaten wird vor allem Spanien vom Klimawandel betroffen sein. Bis

zum Jahr 2080 werden sich laut Expertenberichten die Niederschläge auf der Iberischen Halbinsel um 60 % reduziert haben.

Aber nicht nur das. Die stetig steigende Temperatur auf der Erde hat zur Folge, dass der Schnee in Gebirgen früher schmilzt als noch vor 50 Jahren. Gleichzeitig bleibt im Sommer ein großer Teil des Regens aus. "Wir haben früher im Jahr viel Wasser, wenn wir es nicht brauchen, und zu wenig in den Sommermonaten, wenn wir es benötigen würden", sagt Prof. John A. Dracup von der Universität Berkeley (USA), der seine Forschungsergebnisse im Rahmen einer Anhörung im Europäischen Parlament präsentierte. Logische Folge ist ein steigendes Risiko von Hochwassern in einigen Regionen. Um darauf besser reagieren zu können, hat die EU eine Richtlinie zum Management von Hochwasserrisiken (KOM/2004/472) erlassen. Nach den Kriterien, die in dieser Richtlinie festgelegt sind, wird für jedes Gebiet ein Hochwasserrisiko festgestellt. Dies berechnet sich aus bereits bekannten Daten der Hochwassererfassung, Flusslauf und Wassertiefe sowie einigen weiteren Indikatoren. So kann besser vorausgesagt werden, mit welchem Schaden bei einem eventuellen Hochwasser zu rechnen ist. Weiter wird von den Mitgliedsstaaten verlangt, Gebietskarten zu erstellen, in denen die Risikogebiete verzeichnet werden. So kann auf europäischer Ebene ein Bild entworfen werden, in welchen Regionen die Gefahren für ein Hochwasser, das wesentliche Auswirkungen auf menschliche Gesundheit, Wirtschaft und kulturelles Erbe haben kann, gegeben ist. Aus den Karten ergeben sich dann Hochwasserrisiko-Managementpläne. Vorrangiges Ziel dieser Pläne ist, wie die Folgen bei einem eventuellen Hochwasser möglichst gering gehalten werden können. Ebenfalls sollen diese Managementpläne dafür sorgen, dass Frühwarnsysteme installiert werden, die im besten Fall Hochwasser vermeiden können.

### **Gesundheitsschädlichkeit des Klimawandels Ernteeinbußen bis zu 30 Prozent**

Natürlich hat ein Klimawandel nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen. Auch der menschliche Körper wird sich neuen Anforderungen anpassen müssen. Eine Vielzahl neuer Krankheiten droht über Europa hereinzubrechen. Grund dafür sind die zu erwartenden Hitzewellen, Naturkatastrophen, Luftverschmutzungen und Infektionskrankheiten. Weiter könnte auch die zu erwartende Wasserknappheit verunreinigtes Trinkwasser zur Folge haben. Feinste Staubpartikel in der Luft können bei Menschen zu chronischen Erkrankungen führen. Damit sich diese chronischen Erkrankungen nicht noch verschlimmern, hat die Europäische Union am 11. Dezember vergangenen Jahres eine Verschärfung der Richtlinie zum Thema „Feinstaub“ beschlossen. Ab 2015 wird es verbindliche Grenzwerte auch für kleinste Partikel, so genannte Mikropartikel, geben. Ein besserer Gesundheitsschutz soll so gewährleistet werden.

Ebenso hat der Klimawandel auch Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Besonders schlimm droht es die Bauern in Afrika und Südasien zu treffen. Experten erwarten bis 2030 Ernteeinbußen von bis zu 30 Prozent. Die Hungersnöte in den ohnehin schon schwer zu versorgenden Regionen könnten dramatischer denn je werden. So

müssen weltweit rund eine Milliarde Menschen, die von der Landwirtschaft als Einnahmequelle leben, auf eine Veränderung des Klimas vorbereitet werden. Ihnen muss die Anpassung ermöglicht werden, damit sie sich und ihre Familien weiter versorgen können. So könnte man diese Menschen mit neuem Saatgut ausstatten. Auch ist der Klimawandel für die Tiergesundheit schädigend. Er kann Tierkrankheiten direkt beeinflussen, da er zum Beispiel das Zugverhalten von Vögeln verändert.

### **Problemkind Luftverkehr Dubiose Spendenberechnungen**

Die EU ist im internationalen Luftverkehr für knapp die Hälfte aller Emissionen verantwortlich. Der Gesamtanteil an den Treibhausgasemissionen beläuft sich im Luftverkehr auf rund vier Prozent. Das scheint auf den ersten Blick gering, die Wachstumsraten aber sind enorm. Grund dafür ist die ständig wachsende Zahl der zu befördernden Passagiere und Güter. So haben sich die Flugbewegungen zwischen 1990 und 2006 um 87 Prozent erhöht. Damit einher geht die Erhöhung der Treibhausgasemissionen im Luftverkehr aus dem Zeitraum 1990 bis 2003 um 73 Prozent. Das entspricht einem Zuwachs von rund 47 Millionen Tonnen. So werden Erfolge des Klimaschutzes in anderen Sektoren durch die immensen Zuwächse in der Luftfahrt direkt wieder zunichte gemacht.

Ein Beispiel für Klimaschädigungen, die durch Flugzeuge erzeugt werden, sind die Kondensstreifen. Aus ihnen können sich Zirruswolken bilden, die sich wie ein Schleier über den Himmel erstrecken, der dann verhindert, dass Wärme vom Erdboden in den Weltraum abgestrahlt wird. Die Folge ist, dass sich die Erde weiter erwärmt. Die von Flugzeugen ausgestoßenen Stickoxide tragen verstärkt zur Ozonbildung bei. So ist Flugverkehr weit mehr schädigend als nur durch den reinen Ausstoß von CO<sub>2</sub>. Um den Passagieren wieder ein reines Gewissen zu verschaffen, bieten einige Airlines die Möglichkeit zu Spenden für klimaschützende Projekte. Zweifelhaft ist da nicht nur in einigen Fällen, ob das Geld überhaupt ankommt. Es gibt auch Ungereimtheiten bei der Berechnung der Spendenhöhe. Diese kann nämlich auf den Homepages der Airlines geschehen. Doch dort berechnet sich die Spende meist nur nach dem reinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Flugzeuge. Faktoren wie die Bildung von Zirruswolken und der Ausstoß von Stickoxiden werden nicht in die Berechnung einbezogen. Auf europäischer Ebene verhandeln Rat und Parlament gerade über geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen. Der Luftverkehr soll ebenfalls in das Emissionshandelssystem einbezogen werden, um die Klimaschädigungen durch Flugzeuge besser kontrollieren zu können. Das Europäische Parlament pocht bei der Berechnung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Luftverkehr auf den Faktor zwei, um weitere Ausstöße mit einzubeziehen. Der Ministerrat hingegen will eine wirtschaftsfreundlichere Lösung durchbringen.

## **Musterbeispiel Schienenverkehr Mit Marco Polo in die Umweltfreundlichkeit**

Nur rund acht Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr stößt der Schienenverkehr in der EU aus. Das entspricht einem Anteil von lediglich ein bis drei Prozent am Gesamtausstoß. Damit ist der Schienenverkehr der unumstrittene Klassenprimus, wenn es um umweltverträgliche und energieeffiziente Fortbewegung geht. Genau aus diesem Grund ist die noch intensivere Nutzung der Schiene und die Anbindung der Schiene an andere Verkehrsmittel unerlässlich.

Doch die Wahrheit ist leider, dass der Schienenverkehr Verkehrsanteile verliert. Nur noch zehn Prozent aller Güter werden auf dem Schienenweg transportiert, wohingegen der Verkehr und Transport von Gütern auf der Straße mehr und mehr zunimmt.

Um die umweltfreundlichen Transportmittel wie das Schiff oder die Eisenbahn wieder in den Fokus des Interesses der Wirtschaft zu rücken, unterstützt die Europäische Union einige Unternehmen, die sich genau dafür einsetzen. Im Projektfördertopf „Marco Polo II“ sind bis zum Jahr 2013 insgesamt 400 Millionen Euro vorgesehen, um einen Verkehrskollaps auf den Straßen in der Europäischen Gemeinschaft zu verhindern und den Marktanteil der umweltfreundlichen Transportmittel zu vergrößern. Maximal 35 Projekte können sich Unterstützung erhoffen. Laut Angaben der Kommission hat es das Vorgängerprogramm „Marco Polo I“ geschafft, ein Frachtaufkommen von rund 10 Milliarden Tonnen von der Straße auf umweltfreundlichere Transportmittel umzuschichten.

## **Abfallpolitik und Ressourcenschutz Aus Müll Kohle machen - 1,5 Millionen Menschen arbeiten in der Recyclingbranche**

Rund ein Kilogramm Müll produziert jeder Europäer am Tag, das macht im Jahr eine Gesamtmenge von knapp 200 Millionen Tonnen Abfall. Und das ist nur der kommunale Abfall. Eine weit größere Menge ergibt sich, wenn man den Industrie- und Gewerbemüll hinzu addiert. Allein diese Zahl macht deutlich, dass die Entsorgung und Wiederverwertung von Abfall ein wichtiges Thema europäischer Politik sein muss, wenn man Nachhaltigkeit vorantreiben und die Umwelt schützen will. Europa ist einer der Vorreiter in der Welt, wenn es darum geht, Müll nicht einfach nur zu lagern, sondern ihn wiederzuverwerten. Doch noch immer ist die Deponierung mit einem Anteil von rund 57 Prozent die gebräuchlichste Art der Müllentsorgung in der Europäischen Union.

Positiv zu vermerken ist aber, dass die Recyclingbranche stetig wächst. Rund 100 Milliarden Euro werden mit ihr pro Jahr umgesetzt, knapp 1,5 Millionen Menschen finden dort Arbeit. Abfallwirtschaft ist untrennbar mit dem Thema Klimaschutz verbunden. Es muss vorangetrieben werden, dass Abfall als eine wichtige Ressource begriffen wird, die es wiederzuverwerten gilt. Zahlreiche neue Wirtschaftszweige mit einer Vielzahl von Beschäftigten könnten in dieser Branche entstehen. Zudem wird durch erweiterte Forschung und Entwicklung die Effizienz in der Nutzung von Energie

und Rohstoffen gefördert. Gesamtziel muss es sein, einen Kreislauf zu schaffen, der nicht unterbrochen wird, so dass aus Abfall ständig neue Ressourcen gewonnen werden.

Wichtigstes Prinzip muss aber immer das Vorbeugeprinzip bleiben. So darf nur ein Mindestmaß an Müll produziert werden. Denn der Abfall, den es nicht gibt, muss nicht entsorgt werden und kann die Umwelt nicht schädigen.

Derzeit überarbeitet die EU die Abfallrahmenrichtlinie. Die alten Vorschriften sind aus dem Jahre 1975 und bedürfen einer Neuanpassung. In den alten Vorschriften war zwar bereits verankert, dass die Abfallproduktion zu verringern ist und die Anteile am deponierten Müll kleiner werden müssen. Weiter sollte die Gewinnung von sekundären Rohstoffen vorangetrieben werden, also der Rohstoffe, die durch Wiederverwertung aus Abfällen gewonnen werden. Ebenfalls wird darauf abgezielt, Müll für die Erzeugung von Energie zu nutzen.

Die Revision der Abfallrahmenrichtlinie befindet sich derzeit in der zweiten Lesung im Parlament. Es geht vor allem darum, zahlreiche neue Definitionen mit einfließen zu lassen, um abschließend zu klären, wann ein Restprodukt Abfall ist und wann eben noch ein Nebenprodukt, welches anders zu behandeln ist und welche Beseitigungsanlagen den Verwertungsstatus bekommen können.

### **Klimakonferenz auf Bali und die Reaktion des europäischen Parlaments Ein angefauter Kompromiss? Oder doch der erste Schritt in die richtige Richtung?**

Große Aufmerksamkeit erfuhren die 3,3 Millionen Balinesen Anfang Dezember vergangenen Jahres. Vertreter von 180 Staaten trafen sich auf der indonesischen Insel zur UN-Klimakonferenz. Am Ende des elftägigen Treffens stand - wie so oft - ein Kompromiss. Es müsse einen Umkehrtrend bei den Treibhausgasemissionen geben, um die Erderwärmung zwischen 2 und 2,4 Grad zu halten. Ein Zwischenziel müsse sein, die Emissionen bis 2020 um bis zu 40% zu senken.

Dabei hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den EU-Staaten weit mehr von der Konferenz erhofft. Sie wollten eine verbindliche Regelung für die Reduzierung der Treibhaus-Emissionen um 25 - 40 Prozent bis zum Jahr 2020. Darauf konnte man sich aber trotz langer Verhandlungen nicht einigen.

Geeinigt haben sich die Vertreter jedoch auf einen Fahrplan bis zum Jahr 2009. Dann findet die nächste UN-Klimakonferenz in Kopenhagen statt. Bis dahin sollen wichtige Punkte geklärt werden, um dann ein Abkommen zu unterzeichnen. Bei der Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen soll das Prinzip der gemeinsamen, aber dennoch differenzierten Verpflichtung gelten. Alle Staaten müssen also reduzieren, aber entsprechend ihrer jeweiligen Möglichkeiten. Weiter müsse die Zusammenarbeit beim Klimaschutz mit Entwicklungsländern deutlich verbessert werden. Hierbei wird spezielles Augenmerk auf die Entwaldung gelegt. Diese müsse verhindert werden, obwohl der Wald eine der Existenzgrundlagen der Menschen in den Entwicklungsländern bildet. Könnte man allein die Brandrodung in den Tropen stoppen, wäre ein deutlicher Rückgang der Emissionen zu verzeichnen. Zusammenarbeit und die Bereitstellung von neuen Technologien seien in diesem

Zusammenhang unumgänglich. Ebenso geht es um die Erarbeitung von Strategien zur Verhinderung von Naturkatastrophen.

Das Europäische Parlament sieht in dem Aktionsplan von Bali zwar einen ersten Schritt in die richtige Richtung und begrüßte die Erkenntnisse in seiner Sitzung vom 15. November 2007 ausdrücklich, verlangt aber ebenso weiter reichende Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten. Der Aktionsplan sei zunächst eine "solide Basis." Dennoch müssten Verpflichtungen für alle Staaten geschaffen werden, die sich "messen, darlegen und überprüfen" lassen, andernfalls seien die Bemühungen, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten, unglaubwürdig und nicht wirksam.

Das Parlament bezweifelte, dass eine Begrenzung der Erderwärmung auf knapp zwei Grad ausreichend sei, um negative Auswirkungen zu vermeiden. Ebenso scheint eine Reduzierung der Emissionen bis 2020 um bis zu 40 Prozent nicht ausreichend. Die Industrieländer trügen eine historische Verantwortung beim Klimawandel und müssten diesen daher auch verstärkt bekämpfen. Daher verlangt das Parlament bis 2050 eine Reduzierung um bis zu 80 Prozent gegenüber 1990. Ebenso sei es wichtig, dass die Industrienationen Klima-Partnerschaften mit großen Schwellenländern eingingen, um in diesen die Energieeffizienz zu verbessern und kohlenstoffarme Technologien einzusetzen. In diesem Zusammenhang richten sich die Blicke vor allem auf China und Indien.

### **Klimaschutzpaket der Europäischen Kommission Magische Zahlenkombination: 20-20-20 bis 2020**

Die Kommission sieht in der momentanen Situation für uns Europäerinnen und Europäer die Gelegenheit, bei der Bekämpfung des Klimawandels ein Vorreiter in der Welt zu sein. Kommissionspräsident José Manuel Barroso spricht davon, dass "man diese Gelegenheit beim Schopfe packen" müsse. So soll, nach dem Willen der Kommission, der Emissionsausstoß bis 2020 um 20 Prozent gesenkt werden und im gleichen Zeitraum die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden. Ebenso soll bis 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent steigen. Die Kommission hat einen Vorschlag zur Revision der Regelungen des Emissionshandels gemacht, der derzeit im Parlament geprüft und bearbeitet wird. Ziel soll es sein, dass Emissionsrechte in allen anderen Mitgliedsstaaten erworben werden können. Weiter müsse aber jeder einen Beitrag leisten. Um dies zu sichern, soll eine Art Verursacherklausel eingerichtet werden, nach der in bestimmten Fällen kein Emissionshandel möglich sein wird. Weiter wird vorgeschlagen, rechtlich zu verankern, dass der Anteil erneuerbarer Energien erhöht wird. Forciert werden soll auch die Nutzung von Biokraftstoffen, vor allem solcher, die in ihrer Produktion nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion stehen. So sollen bis 2020 mindestens zehn Prozent der Kraftstoffe biologisch gewonnen werden. Für Deutschland würde das bedeuten, dass der Anteil erneuerbarer Energien um 12 Prozentpunkte verbessert werden müsste, und zugleich der Emissionsausstoß, der nicht unter das Handelssystem fällt um 14 Prozent gemindert werden muss. In Schweden wird das dazu führen, dass im Jahr 2020 knapp 50 Prozent der Energie aus erneuerbaren Energieträgern gewonnen wird. Die Kommission hofft darauf, dass ein solches

Maßnahmenpaket bis zum Ende des Jahres verabschiedet werden kann, denn, so ließ sie verlauten, der entschiedene Kampf gegen den Klimawandel berge eine große Chance. So könnten tausende Arbeitsplätze im High-Tech- Sektor geschaffen werden. "Eine Antwort auf den Klimawandel zu finden, ist der ultimative Test für die politische Handlungsfähigkeit unserer Generation", so Barroso. Sein Umweltkommissar Stavros Dimas aus Griechenland bekräftigte die Argumentation des Kommissionspräsidenten: "So zeigen wir unseren weltweiten Partnern, dass ein engagierter Einsatz für den Klimaschutz mit anhaltendem Wirtschaftswachstum und Wohlstand vereinbar ist."

Die Vorschläge der Kommission stoßen allerdings bei den Finanzministern der Mitgliedsstaaten auf wenig Gegenliebe. Bei ihrem Treffen am 12. Februar forderten sie kostengünstige Lösungen gegen den Klimawandel. Dem entgegnete die Kommission, indem sie aufzeigte, dass es sich lediglich um Investitionen handele, die 0,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU ausmachen. Ein Nichthandeln würde wesentlich höhere Folgekosten nach sich ziehen.

### **Der nichtständige Ausschuss des Europäischen Parlamentes zum Klimawandel Mehr als nur heiße Luft**

Vor knapp einem Jahr brachte das europäische Parlament ein Baby auf die Welt. Nachwuchs, der von enormer Wichtigkeit sein soll. So richteten die EU-Parlamentarier einen nichtständigen Ausschuss ein, der sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auf der Erde sowie mit den Konsequenzen für die EU und möglichen Gegenmaßnahmen befasst. Seither beschäftigen sich 60 Ausschussmitglieder mit dem Thema Klimawandel und erarbeiten einen Standpunkt des Europäischen Parlaments und einen möglichen internationalen Rahmen für die Klimapolitik für die Zeit nach 2012. Zunächst ist es das Ziel, sich in thematischen Ausschusssitzungen ein genaues Bild vom aktuellen Stand der Klimaveränderung und den bereits ergriffenen Gegenmaßnahmen zu machen.

Am 22. Januar 2008 hat der nichtständige Ausschuss einen ersten Zwischenbericht geliefert, in dem es heißt, dass ein eben solcher Ausschuss die richtige Antwort der EU auf den schnell voranschreitenden Klimawandel ist. Auf diesem Wege könne man die Sensibilisierung für das Problem "Klimawandel" vorantreiben und es zu einem der Topthemen der internationalen Agenda machen, damit das Problem ernsthaft und mit allen Mitteln bekämpft werde. Ein weiteres Ziel des Ausschusses soll es sein, dass am Ende seines Mandats ein Katalog von Vorschlägen über Maßnahmen und Initiativen zur Bekämpfung des Klimawandels steht, die dem Europäischen Parlament vorgelegt werden. Im Vordergrund steht zunächst, die Politik der Bereiche Industrie und Energie, Verkehr, Forschung und Entwicklung, Landwirtschaft und Umwelt zu koordinieren, um die Ziele der Eindämmung im Kampf gegen den Klimawandel wirksam zu erreichen.

Um eine optimale Zusammenarbeit mit Drittstaaten und anderen Kontinenten zu gewährleisten, steht der Ausschuss in ständigem Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus eben diesen Nationen. So kann die gemeinsame Arbeit im Kampf



gegen den Klimawandel besser koordiniert werden. Mojib Latif vom Kieler Institut für Meeresbiologie mahnte indes, dass man sich mit den Gegenmaßnahmen sputen müsse. Ein besonderer Fokus müsse dabei auf die Nutzung erneuerbarer Energien gerichtet werden. Weiter stellte Latif fest, dass Europa ein Glaubwürdigkeitsproblem habe; es könne nicht mit dem Finger auf Länder wie Brasilien, Indonesien oder China zeigen, denn von dort komme pro Kopf nur ein Bruchteil des CO<sub>2</sub>- Ausstoßes; der Löwenanteil komme aus Nordamerika und Europa. Ein vom Klimaausschuss diskutierter Weg aus der Klimakrise könnten großflächige Solarkraftwerke in Wüstengebieten sein. Die dort erzeugte Energie könnte dann durch ein hochtechnisiertes Leitungsnetz bis nach Europa transportiert werden.

